
Politik für alle statt für wenige – als Oppositions- und Regierungspartei

Die SP ist und bleibt Regierungs- und Oppositionspartei. Sie kämpft mit ihren Initiativen ausserhalb der Regierung für ihre Anliegen. Und sie vertritt mit Referenden auch immer wieder Positionen gegen die Regierung. Gerade in der kommenden Legislatur wird die SP mit Hilfe direktdemokratischer Mittel die Politik prägen:

- Die SP wird es nicht zulassen, dass Liberalisierungen und Privatisierungen Einzug halten.
 - Die SP will ein flächendeckendes Poststellennetz für alle statt Privatisierungsgewinn für ganz wenige. Die SP setzt auf ihre im vergangenen Jahr eingereichte Postinitiative.
- Sie wird es nicht zulassen, dass die Umsetzung des AKW-Ausstiegs torpediert wird.
 - Die SP will 100'000 neue Arbeitsplätze dank Investitionen in erneuerbare Energien statt Geld für die Atomlobby. Die SP setzt auf ihre cleantech-Initiative.
- Sie wird es nicht zulassen, dass Sozialabbau betrieben wird.
 - Die SP will ein sozial flexibles Rentenalter für alle und keinen Rentenabbau. Die SP war mit dem Referendum vergangenen Frühling gegen den Rentenklau erfolgreich. Und sie wird auch in Zukunft mit Referenden dafür sorgen, dass es zu einem Umbau und nicht zu einem Abbau bei der AHV kommt.
- Sie wird es nicht zulassen, dass einige wenige immer reicher werden und die Schere zwischen Arm und Reich weiter auseinandergeht.
 - Die SP will mehr Lohn für alle statt weiterhin Lohnexzesse einiger Abzocker. Die SP setzt auf die 1:12-Initiative der Juso und fordert mit der mit den Gewerkschaften lancierten Mindestlohn-Initiative einen minimalen Lohn für 100% Arbeit. Und sie setzt auf mehr Steuergerechtigkeit mit der gemeinsam mit Partnern lancierten Initiative für eine nationale Erbschaftssteuer.
- Sie wird es nicht zulassen, dass die Krankenkassen- und Pharmalobby die Gesundheitspolitik diktiert – und die Prämienzahlenden und PatientInnen darunter leiden.
 - Die SP will eine öffentliche Gesundheitskasse – wie die gleichnamige SP-Initiative dies fordert.

Die SP will gleichzeitig ihre Politik aber auch in Zukunft in der Regierung vertreten. Die SP Schweiz ist die einzige Partei, welche sich in der Regierung gegen Sonderinteressen und für eine Politik im Interessen der ganzen Bevölkerung einsetzt. Die SP ist in der Regierung, weil sie die Einflussmöglichkeiten schätzt, welche diese uns eröffnet. Die SP ist sich bewusst, dass sie nur zwei von sieben Bundesratssitzen hat und daher seit je in einer Minderheitenposition ist. Trotzdem ist es besser, im Bundesrat zu sein als im Vorzimmer auf dessen Entscheide zu warten. Die SP will mehr Einfluss, nicht weniger. Die SP möchte gestalten und ihre Politik für die ganze Bevölkerung durchsetzen.

Die SP geht gestärkt aus den Wahlen hervor. Mit insgesamt 7 Sitzgewinnen – drei im Ständerat und vier im Nationalrat – ist sie die einzige der fünf etablierten Parteien, die in Sitzen zulegen konnte. Damit ist ihre Doppelvertretung im Bundesrat noch eindeutiger gegeben als bereits vor den Wahlen. Diese Doppelvertretung ist zentral: Nur wenn die SP mit der nötigen Stärke im Bundesrat vertreten ist, kann sie wirkungsvoll ihre Rolle wahrnehmen und ihre Politik für die ganze Bevölkerung einbringen.

Für die SP ist klar: Das Abwählen oder das Nichtwählen eines SP-Bundesrates wäre ein direkter Angriff auf die Konkordanz, auf eine starke Vertretung der ArbeitnehmerInnen, der MieterInnen, der öV-Benutzerinnen, der KonsumentInnen in der Landesregierung. Es wäre ein Angriff mit dem Ziel, diese Anliegen in der Regierung zu schwächen, die SP und ihre WählerInnen zu marginalisieren. Falls ein solcher Angriff erfolgreich sein würde, würde die SP umgehend zu einem ausserordentlichen Parteitag einladen. Dieser würde am 11. Februar in Bern stattfinden und definitiv über die Frage des Verbleibs in der Regierung entscheiden.